

ANSICHTEN-AUSSICHTEN

◀ **Arche und
Blaupause erhal-
ten mehr Geld**

Seite 2 >>>

◀ **Haushalt
für das Jahr 2013
beschlossen**

Seite 3 >>>

◀ **Beratung zum
Mittelzentralen
Bereich**

Seite 5 >>>

Was wir erreicht haben

von Marian Krüger

Wenn im nächsten Jahr die „Blaupause“ und die „Arche“ mehr Geld für Jugendarbeit bekommen, dann ist das ein Ergebnis des beharrlichen Engagements der Kommunalpolitik der LINKEN, über das wir die Bürger Neuenhagens in unserer kleinen Zeitschrift regelmäßig informieren. Daher wissen sie auch, dass ab 2013 eine 15-prozentige Erhöhung der Kitagebühren um insgesamt 174.000 Euro durch den Bürgermeister Jürgen Henze geplant war. Sie wird es nicht geben. Unsere Kommunalpolitiker haben verhandelt und einen Kompromiss erreicht. Die Gebühren werden nur um 60.000 Euro steigen. Sie haben insgesamt politisch über hunderttausend Euro im Haushaltsentwurf bewegt. Ich meine, dass das nicht wenig ist. Und ich denke, dass DIE LINKE in den für die Gemeinden wichtigen Debatte um die Thälmann- und die Bahnhofstrasse spürbar war. Unsere Kommunalpolitiker leisten viel.

Im Land haben wir dafür gesorgt, dass bis 2014 mindestens 2.000 neue Lehrer eingestellt werden. Es gibt mehr Mittel für finanzschwache Kommunen. Mit dem Konzept für Medizinische Versorgungszentren und dem Projekt „Gemeindeschwester Agnes“ hat Brandenburg eine bundesweite Vorreiterrolle. Die Kinderklinik in Schwedt konnte vor der Schließung bewahrt werden. Die Ausgaben für Bildung und Forschung wurden erhöht. Nach dem Erfolg des Volksbegehrens zum Flughafen Schönefeld streiten wir für ein bundesweites Nachtflugverbot.

Wir können zu den Ergebnissen unserer Politik stehen. Aber stehen wir auch zu unserer Unzufriedenheit. Was sich in diesem Land Job-Center gegenüber Hartz-IV-Empfängern herausnehmen, ist ein Skandal, ebenso der Umgang mit Leiharbeitern am Flughafen Schönefeld. Und es stört uns ganz erheblich, was sich Stromkonzerne gegenüber ihren Kunden erlauben dürfen. Kleinteilige Kompromisspolitik ist für uns nicht alles, deswegen bleiben bei unserem Fernziel eines kostenlosen Kitajahres, dass das Land finanzieren muss. Dies und Anderes sind für 2013 gute Anlässe, um auch mit den Unzufriedenen ins Gespräch zu kommen, um gemeinsam Politik zu machen. Für Neuenhagen, im Land und im Bund.



*Ein friedliches, gesundes und erlebnisreiches
Jahr 2013 wünscht Ihnen DIE LINKE Neuenhagen*

Links unten

Welch ein Erfolg!
Durch Papiereinsparung in Doha wurden 248 Bäume gerettet, weil weniger Papier ausgedruckt wurde als sonst auf Klimagipfeln üblich. In zwei Wochen Verhandlungen wurden 2.085.611 Blätter eingespart!
Der Emir von Doha hat alle Staaten der Welt abkassiert, weil diese unbedingt einmal ihren „Besten“ für einige Tage einen Aufenthalt in klimatisierten Luxus-Wüstenhotels gönnen wollten. Dafür mussten sie nur für wenige Minuten ein paar unverbindliche Sonntagsreden halten, wie unser Peter und seine Katharina. In Deutschland große Worte ablassen – der Wahlkampf lässt grüßen – und vor der Welt zusammenknicken und die Unfähigkeit eines gemeinsamen europäischen Auftretens demonstrieren, Philipp im Nacken und Angela weit

abseits – was soll da schon rauskommen?

Logisch, das Ganze wurde hinterher jedem, auch dem, der es nicht mehr hören konnte, als richtungsweisend und erfolgreich ins Hirn geblasen. Der katarische Gipfelchef Abdullah bin Hamad Al-Attiah diktierte letztlich dem zerstrittenen Haufen eine Entscheidung, um nicht als völlig Blamierter und Saudi höriger Veranstalter dazustehen.

Wem hätte auch eine Vereinbarung zu einer verbindlichen 30%-Senkung des CO2-Ausstoßes genutzt? Wem die Verhinderung des Handels mit der „Heißen Luft“ und der Erderwärmung auf über zwei Grad? Wem eine Regelungen zur Unterstützung der ärmsten Länder dieser Erde?

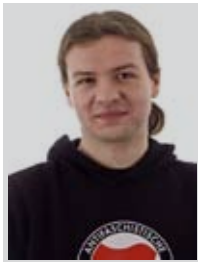
Jedenfalls nicht den Wirtschaftsprofiteuren der reichen Industrieländern, Deutschland eingeschlossen. Russland, Kanada, Japan und Neuseeland, haben sich schon vorsorglich

aus allen weiteren Runden ausgeklinkt, Obama hat seine heimatlich geäußerten Finanzausgaben in Doha vergessen. Sollen doch die restlichen 27 EU-Staaten, einige weitere europäische Länder und Australien sehen, wo sie bleiben. Die vertreten sowie nur noch 13 Prozent der weltweiten CO2-Emissionen.

Wer sein Gewissen beruhigen möchte, sollte weniger Rindfleisch essen, sich ein kleineres Auto kaufen, den Fernseher aus lassen und schon in der Dämmerung Kaltes zum Abendbrot essen, mit dem Fahrrad in den Urlaub fahren, weniger heizen und mehr Gestricktes tragen. Damit hat er dann viel mehr für den Klimaschutz getan, als die, die in die Wüste geschickt worden sind.



Arche und Blaupause erhalten mehr Geld



Sven Kindervater

Mitglied der Gemeindevertretung

Auf der letzten Gemeindevertretung hatten lange Diskussionen endlich ein erfolgreiches Ende: Das Freizeit- und Ausbildungshaus Arche und das Jugendhaus Blaupause erhalten ab 1.1.2013 mehr Geld. Der Anteil der Gemeinde steigt für die Ar-

che von 30.000 Euro auf 45.000 Euro, für die Blaupause von 50.300 Euro auf 75.000 Euro.

Beide Häuser werden vom Internationalen Bund (IB) betrieben, der seit nunmehr Jahrzehnten erfolgreich zentrale Aufgaben für Jugend und Kultur im Ort übernimmt. Dabei hat er nie Profit gemacht: Der IB ist durch Spenden finanziert, das Geld deckte schon immer, wenn überhaupt, lediglich die anfallenden Kosten.

Mit den Mehreinnahmen können in der Arche nun die erfolgreiche Arbeit fortgesetzt, gestiegene Kosten aufgefangen und die Angebote in der offenen Altenhilfe ausgebaut werden. In der Blaupause können nun statt einer und einer halben Stelle künftig zwei Vollstellen besetzt und zusätzlich dazu noch ein Bürgerarbeiter und eine Stelle für den Bundesfreiwilligendienst geschaffen werden, der den

Zivildienst ersetzt und so interessierten Jugendlichen den Beruf des Sozialarbeiters nahebringen kann.

Die Blaupause braucht diese Verstärkung auch dringend. Das Haus hat mittlerweile im täglichen Betrieb deutlich mehr Besucher, viele neue Projekte gilt es zu organisieren. Dabei verfolgt die Blaupause das Konzept der offenen Jugendarbeit: Es wird sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Jugendlichen orientiert. Das bedeutet aber eben auch ein hohes Engagement, welches nun sichergestellt werden kann. Nicht zuletzt sei erwähnt, was die Kitakonzeption zum Ausdruck brachte: Wir bauen eine neue Kita in der Carl-Schmücke-Straße, weil wir noch mehr Kinder erwarten. Wenn diese in fünf bis zehn Jahren dann Jugendliche sind, muss unsere Einrichtung eingespielt sein und den Bedarf auffangen können. Wir sind auf einem guten Weg.



Zum Volksbegehren „Nachtflugverbot“

Der Erfolg des brandenburgischen Volksbegehrens zum Flughafen Schönefeld muss zu einer umfassenden Ausweitung des Nachtflugverbotes führen. Und nicht nur dort. Das Ergebnis von Brandenburg ist ein Erfolg für alle Fluglärmgegner bundesweit. Die Landesregierung und das Parlament müssen nun den Dialog mit dem Trägerkreis des Volksbegehrens suchen. Für die Durchsetzung eines umfassenden Nachtflugverbotes stehen auch der Bund und das Land Berlin als Anteilseigner der Flughafen-Gesellschaft in der Pflicht.

Und wir wollen gemeinsam mit den Fluglärmgegnern überlegen, wie wir hier den Handlungsdruck erhöhen können. Denn insbesondere der Bund darf sich nicht weiter verweigern, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen. Wir werden deshalb eine Online-

petition für bundesweit eindeutige konsequente Nachtflugverbotsregelungen starten.

Wer den Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm will, muss auch den Flugverkehr reduzieren. Und deshalb wollen wir auch keinen weiteren Flughafenstandort in unserer Region.

Diesem Ansinnen des Volksbegehrens können wir daher auch weiterhin nicht folgen, auch, weil die Finanzierung eines weiteren Standortes zu Lasten der Landeskasse zu extremem Spardruck führen würde und eine solche Investition weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll wäre.



Marco Büchel

Landtagsabgeordneter der LINKEN

In Neuenhagen wurden dazu 3.553 Unterschriften abgegeben



Am Sonntag, dem 13. Januar 2013 findet wie jedes Jahr das Stille Gedenken aus Anlass der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg statt

Haushalt 2013 auch mit unserer Stimme beschlossen

In der Gemeindevertretung im Dezember wurde termingerecht wie immer der Haushalt für das Jahr 2013 zusammen mit der mittelfristigen Planung bis 2016 beschlossen. Es gab viel Lob an die Verwaltung.

Tatsächlich ist positiv zu werten, dass sich die inhaltliche Aussagekraft seit der Einführung des neuen Rechnungswesens, der DOPPIK, von Jahr zu Jahr erhöht hat. Jetzt sind erstmalig die vollen Aufwendungen für die einzelnen Produkte auf einen Blick zu erkennen. Jeder kann sehen, welche Erträge und welche Aufwendungen, z.B. für das Freibad, die Kitas, die Bibliothek, das Bürgerhaus usw., geplant sind. Unter dem Strich wird deutlich, wie viel die Gemeinde für die einzelnen Produkte zuschießt und wo die Deckung dafür herkommt. Diese klare Aussage haben wir immer gefordert. Die Ist-Werte sind dann mit der Abrechnung nachzuweisen.

Darüber hinaus werden zu den einzelnen Produkten Kennziffern in ihrer Entwicklung dargestellt, z.B. bei der Kita-Betreuung: Betreuungsgrad, durchschnittlicher Elternbeitrag pro Kind und Monat, oder beim Straßenbau: Quote der Neupflanzungen pro Fällung bei Straßenbäumen usw.

Als nächste Aufgabe will unsere Fraktion Vorschläge für weitere sinnvolle und aussagefähige Kennziffern erarbeiten.

Das Entscheidende für jeden Haushaltsplan ist, ob er ausgeglichen ist, d.h., ob die Erträge die Aufwendungen decken.

Unser Haushalt ist im gesamten mittelfristigen Planungszeitraum ausgeglichen. Im Jahr 2013 stehen den 27,3 Millionen Euro Erträgen Aufwendungen in Höhe von 27,1 Millionen Euro gegenüber. Wesentliche Einnahmen werden der Gemeinde aus den Einkommenssteuern, den Gewerbesteuern und den Zuweisungen vom Land für die Kita-Personalkosten zufließen.



Aber auch die Grundsteuern der Hausbesitzer haben ihren Anteil daran. Von Interesse für alle Neuenhagener ist dabei, dass die Zuschüsse für die Seniorenarbeit, den Sport, die Arche, den Jugendclub Blaupause und alle anderen Vereine in voller Höhe wie bisher gesichert sind bzw. erhöht werden.

Der ausgeglichene Haushalt ist aber nicht allein entscheidend für die Entwicklung der Gemeinde. Für neue Investitionen muss auch das notwendige Geld da sein. Für 2013 sind 6,7 Millionen Euro Investitionen geplant, die auch finanziell gesichert sind. Bis 2016 geht der Bestand

an Geldmitteln gemäß vorliegendem Plan jedoch auf 0,9 Millionen Euro zurück. Das widerspricht der Zielstellung, ständig eine Zahlungsreserve von mindestens 2,0 Millionen Euro zur Verfügung zu haben.

Der Grund des geplanten hohen Geldverbrauchs in den nächsten Jahren liegt vor allem in den Baumaßnahmen für Straßen im Jahr 2013 in Höhe von 3,6 Millionen Euro und in den Jahren 2014 und 2015 in Höhe von 5,2 Millionen Euro für die Erweiterung der Schwanenteichschule. Inzwischen haben sich ganz aktuell Veränderungen beim Projekt der Schule ergeben. Durch die mögliche Nutzung der ehemaligen Puschkin-Schule durch die Grundschule werden die Investitionen für die dafür notwendigen Sanierungsarbeiten neu berechnet. Daraus ergeben sich auch Veränderungen im Geldbedarf.

Unser Ziel wird weiterhin sein, den Bestand an flüssigen Geldmitteln von 2,0 Millionen Euro als ständige Reserve zu sichern. Dazu wird es notwendig sein, die Folgekosten für künftige Investitionen vor der Aufnahme in den Plan konkret zu beziffern.

Es gibt also weiterhin viel Arbeit, bei der wir viele Bürger Neuenhagens einbeziehen möchten.

Zum Schluss möchte ich der scheidenden Kämmerin, Frau Ina Wallner, auch im Namen der Fraktion, danken für die konstruktive Zusammenarbeit in den fast 20 Jahren, in denen ich im Finanzausschuss der Gemeinde aktiv bin. Der neuen Kämmerin, Frau Evelin Hauch, wünsche ich einen erfolgreichen Start und ebenso eine gute Zusammenarbeit im Interesse der Bürger Neuenhagens.

Helga Pietschmann

LINKE gegen Erhöhung der Hebesätze

(Red.) Seitdem das Haushalts-sicherungskonzept im Frühjahr 2012 beschlossen wurde, wird in der Gemeinde auch über eine Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbe- und Grundsteuer nachgedacht.

Als Begründung wird auch darauf verwiesen, dass diese unter dem Landesdurchschnitt liegen, weswegen Neuenhagen derzeit zu viel an den Kreis bezahlen muss und zu wenig vom Land zugewiesen bekommt.

In der Nachbargemeinde Altlandsberg etwa wurden die Hebesätze gerade u.a. deshalb erhöht. Neuenhagens Kassenlage ist jedoch derzeit nicht durch sinkende Einnahmen gekenn-

zeichnet. Aber dennoch schmelzen die Finanzreserven: Der Zahlungsmittelbestand könnte bis 2016 auf unter eine Million zurückgehen. Das ist eine Konsequenz der zahlreichen Investitionsprojekte der Gemeinde.

„Bevor also die Steuern erhöht werden, sollten wir unsere Ausgaben überprüfen“, sagte der amtierende Fraktionsvorsitzende Sven Kindervater. Überdies sollten die Bürgerinnen und

Bürger stärker an den Haushaltsdebatten beteiligt werden.

„In Rüdersdorf führt der dortige CDU-Bürgermeister einen Bürgerhaushalt ein, das wäre auch für Neuenhagen eine gute Idee, zumal das ja bereits im Leitbild der Lokalen Agenda verankert ist“, so Kindervater.



Alles neu in Bollensdorf

Die Grundschule am Schwanenteich braucht dringend Hilfe – so viel war schon immer klar. Die Klassenräume sind zu klein, der Sport- und Fachunterricht nicht gut integriert, die von vielen Eltern gewünschte Ganztagschule nicht zu realisieren.

Ein Neubau sollte her, gleich südlich daneben. Eine Million Euro hatte die Gemeinde für den Erwerb des Grundstücks für 2013 bereits eingeplant – doch Mitte November kam die bittere Erkenntnis, dass eben dieses derzeit nicht zu bekommen sei. Die Verwaltung handelte nun schnell und, für einige überraschend, sehr gründlich: Nur wenige Tage später erreichte die Gemeindevertreter eine Vorlage der Verwaltung, welche eine komplett neue Variante vorsah:

- Der Internationale Bund (IB) würde aus der ehemaligen Puschkin-Schule ausziehen und auf sein Gelände in der Ziegelstraße einziehen,
- in einem Drei-Jahresplan würden die alten Gebäude in der Dorfstraße saniert und
- bis 2016 zieht die Grundschule am Schwanenteich komplett dort ein.
- Der jetzige Standort würde umfunktioniert zum Hort.

Gesamtkosten: 3,3 Millionen Euro.

Doch so richtig neu war der Vorschlag nicht, denn im Kultur- und Sozialausschuss hatte man diese Variante, wenn auch nicht favorisiert, immer mitdiskutiert. Vor allem stand stets die Frage im Raum, was wir machen würden, wenn der IB seine Schule aufgibt. Genau der Fall ist jetzt eingetreten, und das bringt zugleich einige Vorteile mit sich:

1. Der IB kann auf seinem Gelände einen Campus errichten, wo sich Schulalltag und Ausbildung begegnen und kennenlernen können. Dazu ist von Seiten der Verwaltung eine Unterstützung von 500.000 Euro vorgesehen.

2. Mit den Umbauten könnte zügig begonnen werden, die Situation der Schwanenteich-Schule würde sich schnell verbessern. Klar, Umzüge und Bauarbeiten sind nicht zu unterschätzen, dafür ist der Baulärm aber nun nicht mehr direkt hinter dem jetzigen Schulgebäude und -betrieb zu hören, wie beim Neubau geplant.

3. Die sich in Gemeindehand befindenden Gebäude entlang der Dorfstraße können nun sinnvoll restauriert werden. Hier schlagen wir sprichwörtlich zwei Fliegen mit einer Klappe.

4. Der Haushalt wird deutlich entlastet. Derzeit ist abzusehen, dass der Zahlungsmittelbestand bis 2016 auf unter eine Million Euro sinken könnte. Durch den Wegfall eines Neubaus und des Grundstückserwerbs können Kosten eingespart werden.

Allerdings ist der Grundstückserwerb nicht aus der Welt. Derzeit hofft man, sich mit den Grundstückseignern bis 2018 geeinigt zu haben, um wenigstens die angestrebte Sporthalle und den Sportplatz bis Ende 2019 zu bauen.

Die jetzige Planung ist nicht so wie von vielen gewünscht, aber sie ist das derzeit Bestmögliche.



Ute Schönthal

Mitglied der Gemeindevertretung

Phrasenmäher

Märkisch minus Oderland?

Wie bitte? Was soll da herauskommen? Ist doch Unsinn! Richtig. Und doch kann man immer wieder hören, dass der Bindestrich in Internet-Adressen einfach als minus gesprochen wird, so wie das auch bei www.maerkisch-oderland.de möglich ist. Das geschieht nicht nur durch den Volksmund in der Umgangssprache, sondern auch durch professionelle Sprecher in Radio und Fernsehen. Warum sollte man denn nicht? Es nimmt ja auch kaum noch jemand den Schrägstrich in den Mund, dafür das kürzere englische slash. Doch während diese beiden Begriffe identisch verwendet werden können, entsprechen sich der Bindestrich und das Minus nicht. Grafisch ist das Minuszeichen länger als der Bindestrich. Doch beim Sprechen ist man immer aufs Verkürzen aus, und minus spricht sich schneller als Bindestrich. Rationalisierung, also Ratio. Das ist kürzer, auch als Sprechfaulheit.

Also ein Bindestrich zwischen die beiden Bestandteile unseres Kreisnamens, auch abseits des Internets? Leider nicht, auch wenn er fast überall vorkommt: im Kopfbogen des Landrats, auf allen Ortseingangsschildern, bei der Sparkasse usw. Bindestriche verbinden Gleichrangiges, so bei Oder-Spree, Spree-Neiße oder Teltow-Fläming. Märkisch ist jedoch lediglich eine Beifügung, ein Attribut zu Oderland. Ein Bindestrich dazwischen ist folglich falsch. Parallele Beispiele gibt es zur Genüge in Brandenburg: Märkisch Buchholz, Wendisch Rietz, Fürstlich Drehna, Königs Wusterhausen oder Burg Kolonie. Hat da jemand im Innenministerium nicht aufgepasst? Oder hat einer aus Seelow „Hier“ gerufen: „Alle hab ´n einen Bindestrich, wir wollen auch einen!“?

Wie werden wir ihn wieder los, den Bindestrich? Na, seit Volksbegehren in Brandenburg auch erfolgreich sein können, läge doch nichts näher als ... Bei 80.000 Unterschriften müsste sich dann der Landtag damit befassen. Einfacher ist es, den Bindestrich zu ignorieren und einfach nur Märkisch Oderland zu schreiben. Ab und an kann man solch mutiges Vorgehen schon beobachten. Aber was machen wir dann mit den übrig gebliebenen Bindestrichen? Wir exportieren sie, zum Beispiel nach Berlin zum sog. Robert Koch-Institut, dem nicht nur in vielen Pressebeiträgen, sondern auch am altherwürdigen Gebäude selbst ein Bindestrich abhanden gekommen ist. Der Bedarf ist noch viel größer.

Dr. Bernd Raum

RLS - Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.

Einladung zum 29. Neuenhagener Gespräch

am Mittwoch, dem 09. Januar 2013
um 19.00 Uhr
im Bürgerhaus Neuenhagen,
Vereinsraum 1
Hauptstraße 2, 15366 Neuenhagen

mit

Prof. Dr. Karin Kulow

Nahost-Expertin,
Mitglied im Nahost-Forum e.V.

zum Thema

Nahost im Umbruch – Die Türkei auf dem Weg zur regionalen Ordnungsmacht?

DIE LINKE berät zum Mittelzentralen Bereich

von Klaus Biedka

Anfang Dezember trafen sich auf Einladung des Landtagsabgeordneten Marco Büchel Vertreter der LINKEN aus den Gemeinden Fredersdorf, Petershagen-Eggersdorf, Neuenhagen und aus der Stadt Altlandsberg.

Bei diesem Treffen ging es u.a. um das Thema Hallenbad, das schon in der Beratung der Bürgermeister und der Gemeindevertretungen des Mittelzentralen Bereichs Gegenstand der Diskussion war.

Das Anliegen wird auch von den LINKEN unterstützt. Hierbei ist eine Versachlichung der Diskussion nötig. Eine

Machbarkeitsstudie, die Neuenhagen als Mittelzentrum in Auftrag geben will, soll von allen Gemeinden anteilig zur Einwohneranzahl finanziert werden, so der Neuenhagener Beschluss. DIE LINKE hat sich mit einem Antrag gegen diese Art der Finanzierung gewandt, da sie befürchtete, dass es auf diese Weise nicht zu dieser Machbarkeitsstudie kommt. Dieser Antrag fand in Neuenhagen aber keine Mehrheit.

Die Reaktion der anderen Gemeinden war unterschiedlich: Ungeklärte kommunalrechtliche Fragen einer gemeinsamen Finanzierung bis hin zur Ablehnung, da Neuenhagen ja Geld vom Land für solche Aufgaben erhält. So sieht es der Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg auch vor ...

Auf dem Treffen vereinbarte man nun, zunächst unabhängig von Finanzierungsfragen eine Auftaktveranstaltung mit

interessierten Einwohnern, Bildungsträgern und Sportvereinen durchzuführen. Dabei sollen Erfahrungen bestehender Hallenbäder und Vorstellungen der Anwesenden erörtert werden, um so die Zielstellung für das Hallenbad konkreter zu fassen. Ebenso sollen die weiteren Schritte und realistische Erfolgsaussichten besprochen werden. Als Termin ist der Februar 2013 anvisiert, der Veranstaltungsort soll Hoppegarten sein.

Ein weiteres Thema des Treffens war die Initiative der LINKEN Neuenhagens zur Kommunalisierung der Straßenreinigung, der Grünpflege und des Winterdienstes. Hier konnte von der konstruktiven Zusammenarbeit mit der Verwaltung berichtet werden. In mehreren Schritten von der Bestandsanalyse, über Kostenkalkulationen, der Suche nach der geeigneten Rechtsform wird dieser Prozess bis

hin zur Entscheidung durch die Gemeindevertretung geführt.

Es ist vorgesehen, die Ergebnisse den anderen Gemeinden zu übermitteln, da diese ebenfalls geeignete Lösungen suchen. Das Ziel könnte ein kommunaler Zweckverband sein, der diese Aufgaben in Eigenregie wahrnimmt. Damit wären nicht nur eine hohe Planungssicherheit und kontrollierbare Kosten, sondern auch sichere tarifliche Arbeitsplätze möglich.

Das Argument, dass durch ein dem Gemeinwohl verpflichtetes kommunales Unternehmen Arbeitsplätze bei privaten Unternehmen gefährdet wären, ist richtig. Aber es kommt dabei auch immer auf die soziale Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung an. Hier ist deshalb aus gesamtgesellschaftlicher Sicht zu entscheiden.

Vom Kreisparteitag

(Red.) Nach dem Erfolg des Volksbegehrens zum Flughafen Schönefeld forderte der Landesvorsitzende Stefan Ludwig, dass die SPD nun ihre „starre Haltung“ zum Nachtflugverbot ändern müsse. „Wir wollen nachts Ruhe am Himmel“, sagte Ludwig. „Wir bleiben bei unserem Wahlprogramm.“ so Ludwig weiter, „Wir wollen keinen weiteren Flughafen, auch nicht in Sperenberg.“

Die über 200 anwesenden Mitglieder wählten Dr. Dagmar Enkelmann einstimmig als Direktkandidatin der LINKEN für den Bundestagswahlkreis 59 Barnim II/ Märkisch-Oderland. „Ich bleibe meinen politischen Überzeugungen treu, dazu gehört auch, dass man auch mal aneckt.“ sagte die jetzige parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion. „Der Wahlkampf werde „kein Spaziergang!““, aber DIE LINKE könne gewinnen: „Der Wahlkreis 59 bleibt links!“ Zugleich empfahl Enkelmann die junge Bundestagsabgeordnete Diana Golze als Spitzenkandidatin für die Landesliste, die im März aufgestellt wird.



Dr. Dagmar Enkelmann wurde am 8.12. 2012 zur Kandidatin für den Bundestagswahlkreis Märkisch-Oderland gewählt.. Dagmar erhielt von den Vorsitzenden des Kreisverbandes Barnim und des Kreisverbandes Märkisch-Oderland Boxhandschuhe für Profis: Hohe Schlagkraft der Argumente und Ausdauer für viele Runden!

In der Diskussion sprach auch der stellvertretende Landrat Lutz Amsel. Er informierte darüber, dass DIE LINKE trotz der schwierigen Kassenlage in MOL dafür gesorgt hat, dass die Ausgaben für die Kitaplätze um 5 Millionen Euro erhöht wer-

den. Die Müncheberger Bürgermeisterin Uta Barkusky forderte, in der Kommunalpolitik „Bürgernähe und Verwaltungseffizienz konkret zu verbinden.“

Heute: Das Kriegerdenkmal

dass am 14. September 1924 in Neuenhagen auf dem Wilhelmplatz, dem heutigen Platz der Republik, das Kriegerdenkmal mit den 108 Namen der im ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten aus

heute in einer Zeit so vieler Kriege und Kriegstoten. Nicht die auf dem Denkmal verzeichneten Soldaten sind an dem fürchterlichen Krieg und seinen Folgen schuld. Sie verdienen unser Andenken,

te wissen, dass die Zahl der Opfer des Zweiten Weltkrieges so hoch ist, dass der ganze Platz der Republik von solchen Totenverzeichnissen eingenommen würde. Unser Zorn und erbitterter Protest trifft diejenigen, die Kriege brauchen und Soldaten dafür in den Tod schicken. Das galt 1924 und ist noch heute gültig für jeden Krieg auf dieser Welt.



unserem Ort eingeweiht wurde? Sicher wird dieses Ereignis nach 88 Jahren heute nicht gerade im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen.

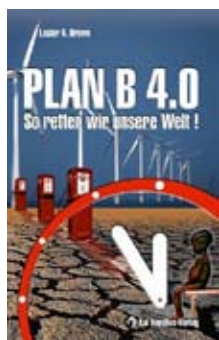
Aber warum sollte man sich an solch schlimmes Kriegsleid nur an einem 50. oder 100. Jahrestag erinnern, zumal

denn sie mussten für Ziele in den Krieg ziehen, die nicht die ihren waren, für die politische und ökonomische Macht der Herrschenden ihres Landes. Sie waren Opfer und keine Helden. Und wir brauchen die Erinnerung an sie, damit nicht erneut solche Gedenktafeln aufgestellt werden müssen, besonders weil wir heu-

Für unser Neuenhagen dürfte aber noch ein besonderes Ereignis von Interesse sein. Die Einweihung des Kriegerdenkmals 1924 sollte von einem Aufmarsch der Nazis und anderer ultrarechter und militaristischer Organisationen gestört werden, die ein Denkmal der Verherrlichung kriegerischer Heldentaten wollten. Es gelang, diese rechte Gegenaktion zurückzudrängen und die Einweihungsfeier würdig durchzuführen, natürlich mit einigen in dieser Zeit üblichen nationalen Phrasen. Aber das ist zweitrangig.

An dieser Feierstunde nahmen alle demokratischen Kräfte unserer Gemeinde teil vom Bürgermeister und der Gemeindeverwaltung, den Mitgliedern der Gemeindevertretung bis zu den bürgerlichen und sozialistischen Parteien, darunter auch Kommunisten. Es war gewissermaßen eine „demokratische Einheitsfront“ gegen Faschismus und Rechtsextremismus. Auch das hat also eine mindestens 88jährige Tradition in Neuenhagen.

Unsere Buchtipps für Sie



Lester R. Brown
Plan B 4.0
So retten wir unsere Welt!

Kai-Homilius-Verlag
ISBN 978-3897063075

Das Problem ist, dass wir alle zur Rettung unserer Welt beitragen und auch auf einiges verzichten müssten. Wollen wir das wirklich? Uns betrifft

es ja nicht, oder?

Lester Brown, Mitbegründer vom World Watch Institute, legt eine knappe, aber sehr informative Zusammenfassung zu den wichtigsten Problemen vor, denen unsere Zivilisation infolge der der Umwelt zugemuteten Belastung gegenüber steht. Zum inakzeptablen Weg des „Business as usual“, der uns in den wirtschaftlichen Ruin und letztlich in den Untergang führt, bietet der Autor eine attraktive, auf das 21. Jahrhundert zugeschnittene Alternative an.



Stefan Rahmstorf, Hans-Joachim Schellnhuber

Der Klimawandel:
Diagnose, Prognose, Therapie

Verlag Beck
ISBN 978-3406633850

Dieses Büchlein von zwei führenden deutschen Klimaforschern ist eine umfassende und verständliche Einführung in den Klimawandel. Die Autoren zeigen, was wir über frühere Klimaveränderungen wissen und wie dieses Wissen hilft, die Folgen der Eingriffe des Menschen in das Klimasystem zu verstehen. Über den Menschen als Verursacher wird in Fachkreisen längst nicht mehr gestritten. Die schlimmsten Folgen können noch abgewendet werden. Das würde darüber hinaus weniger kosten, als eine Fortsetzung der jetzigen Politik.

Das Bürgerbüro der LINKEN in der Ernst-Thälmann-Str. 33 ist geöffnet: dienstags von 13 - 18 und sonnabends nach Vereinbarung



Impressum

ANSICHTEN - AUSSICHTEN
Herausgeber: Ortsorganisation Neuenhagen der Partei DIE LINKE, Marian Krüger c/o Bürgerbüro Ernst-Thälmann-Str. 33 15366 Neuenhagen

Die Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.